



Pressemitteilung

WWF Deutschland

Pressestelle

Roland Gramling

Reinhardtstr. 18 | 10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 311 777-425

Mobil: +49 (0)151 188 54 980

Roland.Gramling@wwf.de

www.wwf.de

Herdenschutz statt Abschüsse

157 Wolfsrudel in Deutschland: WWF kritisiert Wolfs-Populismus / WWF: EU-Fördermittel endlich ausschöpfen, statt EU-Recht brechen

Berlin, 02.12.21: Aktuell sind in Deutschland 157 Wolfrudel bestätigt. Das geht aus einer neuen Erhebung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) und der Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Wolf (DBBW) hervor. „Die aktuellen Zahlen zum Wolfsbestand zeigen mehr als deutlich: Deutschland braucht endlich flächendeckenden wolfsabweisenden Herdenschutz, anstatt Schein-Debatten und Wolfs-Populismus um Obergrenzen, geheime Abschussgenehmigungen oder No-Go-Areas für Wölfe“, ordnet Moritz Klose, Programmleiter Wildtiere beim WWF Deutschland ein. Die aktuellen Diskussionen täuschten, so seine Kritik, über die wahren Probleme hinweg. Das gehe nicht nur zulasten des Wolfes, sondern auch zulasten von Schäfer:innen und anderen Weidetierhalter:innen.

„Um die auftretenden Konflikte zu lösen, ist es entscheidend den Schutz von Weidetieren in Deutschland weiter konsequent und zügig auszubauen. Weidetierhalter:innen brauchen dafür geeignete Zäune, gut trainierte Herdenschutzhunde, ausreichende Schulungs- und Beratungsangebote sowie finanzielle Unterstützung“, so Kloses Forderung. Der WWF-Experte verweist zudem auf internationale Erfahrungen: „Eine Bejagung ist kein wirksames Instrument, um Mensch-Tier-Konflikte nachhaltig zu lösen, weder hier in Deutschland beim Wolf noch in anderen Weltregionen bei Elefant, Löwe oder Tiger.“ Es sei daher bedauerlich, dass auch der jüngst verabschiedete Koalitionsvertrag suggeriere, dass ein Bestandsmanagement ermöglicht werden solle. Dies ist nach WWF-Einschätzung wirkungslos und zudem nicht mit EU-Recht vereinbar. Die Entnahme von Wölfen – darauf einigten sich jüngst Bund und Länder im Rahmen eines Praxisleitfadens – darf und kann lediglich in konkreten Einzelfällen erfolgen und ist auch nur unter diesen Umständen europarechtskonform.

„Anstatt mit dem Gedanken zu spielen, EU-Recht zu brechen, sollten die Bundesländer lieber die EU-Förderungen zur Finanzierung von Herdenschutzmaßnahmen in Anspruch nehmen.“, kritisiert Klose. Mehrere EU-Mitgliedsstaaten und Regionen hätten, anders als die Bundesrepublik, die Möglichkeiten zur Finanzierung von Herdenschutz über den Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) schon in der Förderperiode 2014-2021 genutzt. In Deutschland dagegen versäumten es die Länder, die für den Herdenschutz verfügbaren Mittel über europäische Zuschüsse praktisch zu

verdoppeln. Mit der kommenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bietet sich diese Chance erneut. „Die Bundesländer sind jetzt gefragt, ihre Planungen dahingehend auszugestalten“, so Klose.

Hintergrund

Früher lebte der Wolf ganz selbstverständlich in unseren Wäldern. Dann wurde er durch den Menschen ausgerottet. Seit dem Jahr 2000 kehrt der Wolf jedoch als natürlicher Bewohner und wichtiger Teil unseres Ökosystems zurück. Seine Rückkehr ist ein großer Erfolg für den Artenschutz, bedeutet aber auch eine Herausforderung, zum Beispiel für Landwirte und Nutztierhalter. Um das Zusammenleben mit großen Beutegreifern durch Kommunikation, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Austausch von Wissen zu verbessern hat der WWF das Projekt „Euro Large Carnivores“ mit 16 Partnerorganisationen in ganz Europa ins Leben gerufen: www.eurolargecarnivores.eu

Weitere Informationen:

Roland Gramling, Pressestelle WWF, Tel.: 030-311 777 425, roland.gramling@wwf.de